

# Mehr Transparenz bei Waffenexporten

SPD-Bundestagabgeordneter Rainer Arnold: „Bundesregierung muss früher informieren!“

(pm) Die Regierung soll den Bundestag früher über Waffenexporte informieren: Künftig erfährt das Parlament spätestens zwei Wochen nach einer Genehmigung von Rüstungsgeschäften durch den Bundessicherheitsrat. Dies teilte der Nürtinger SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold in einer Presseerklärung mit.

Für Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, ist das ein wichtiger Schritt. „Die Rüstungsindustrie ist eben keine Branche wie jede andere. Nicht von ungefähr ist die Kontrolle des Gewerbes im Grundgesetz festgeschrieben“, so Arnold.

Entscheidungen darüber, ob ein Waffenexport erlaubt wird, fallen in gehei-

mer Sitzung im Bundessicherheitsrat, einem Ausschuss mit sieben Ministern, den Vorsitz hat die Bundeskanzlerin. Bisher informiert die Bundesregierung über diese Entscheidungen in ihrem jährlichen Rüstungsexportbericht – der am Ende des folgenden Jahres erscheint. Dann, so Arnold, seien die Genehmigungen aber längst erteilt und nicht mehr revidierbar.

Die SPD habe dagegen schon in der vergangenen Wahlperiode mehr Transparenz bei Waffenexporten gefordert und dann im Koalitionsvertrag entsprechende Regelungen untergebracht. So werde es nicht nur die kurzfristigen Informationen an den Bundestag über Entscheidungen des Sicherheitsrates ge-

ben, auch der Rüstungsexportbericht wird künftig schon Mitte des laufenden Jahres veröffentlicht. Zusätzlich gibt es einen Zwischenbericht.

Für Rainer Arnold liegen die Folgen der neuen Regelung auf der Hand: Die Regierung könne sich fortan nicht mehr hinter dem geheim tagenden Bundessicherheitsrat verstecken, sondern „sie braucht eine schlüssige Erklärung“, so Arnold. „Wenn sie die nicht hat, ist sie gut beraten, die Finger von einem solchen Geschäft zu lassen.“

Der Verteidigungsexperte ist sich sicher, dass somit heikle Rüstungsgeschäfte künftig zurückhaltender genehmigt werden.

Die Informationspraxis der Bundesre-

gierung könnte sich ohnehin in den nächsten Monaten ändern: Am Bundesverfassungsgericht läuft derzeit eine Klage dreier Bundestagsabgeordneter, die damit eine gesteigerte Auskunftspflicht der Bundesregierung erreichen wollen. Verteidigungsexperte Arnold kann das Ansinnen durchaus nachvollziehen.

Für ihn ist aber auch klar, dass nicht der Bundestag über Rüstungsexporte entscheiden kann, da dies laut Verfassung in die Kompetenz der Bundesregierung fällt. „Aber das Parlament kann mehr Transparenz in den Rüstungsexport bringen und somit dafür sorgen, dass bei der Exportpolitik die notwendige Zurückhaltung geübt wird.“